



Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang.

Lobeck & Co.
Holländerstr. 11, Majestät des Königs von Sachsen
Chocoladen, Cacao's, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Dresden, 1897.

Confirmanden-
Stiefel
für Knaben u. Mädchen
empfehlen zu
billigsten Preisen
F. & A. Hammer,
Schlossstr. 21.

R. Beyer — **Papier-Fabrik-Lager** —
Papier-Grosshandlung — **Am See 16**
Größtes Lager aller Sorten **Pappen** und **Packpapiere**, **Formate**
und **Rolls** in allen Größen, **Schreib-, Post-, Druck- und Um-**
schlag-Papiere, **Imitirt** — **festlich** — **echt** — und **Butter-**
Pergament, **Weisse** und **farbige Seidenpapiere**,
Gelbtheilspapier, — **Billigste Preise** — **Praegeste** **Bedienung**.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und
Auslandes, empfohlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rühl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11, Fernsprechstelle 1119.

Dresdner Vernickelungs-Anstalt von Otto Büttner, Falkenstrasse 1-3 (Hofgebäude).

Nr. 58. Spiegel: Die Mächte und Griechenland, Polnische Nachrichten, Sommerferien, Dresdner Zeit, Stadtverordneten-
sitzung, Kreis- und Bezirksausgaben, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte. **Matthiasche Witterung:** **Sonnabend, 27. Febr.**
Früh und nah.

Für den Monat März

werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten“ für Dresden bei unterzeichneter Geschäfts-
stelle zu **90 Pfennigen**, für auswärtig bei den
Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete
zu **92 Pfennigen**, in Oesterreich-Ungarn bei den
K. K. Postämtern zu **85 Kreuzern** angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“.

Politisches.

Das diplomatische Programm, das endlich die Einigkeit der
Großmächte zur Lösung der griechischen Frage zu Stande gebracht
hat, besteht im Wesentlichen in der Gewährung der Selbstver-
waltung Aetras. Da die Integrität des türkischen Reichs bei den
Verhandlungen der Rabinette als derjenige Grundfah bezeichnet
wurde, an dem unbedingt als Gewähr für die Erhaltung des euro-
päischen Friedens festgehalten werden müsse, so soll die Autonomie
Aetras hergestellt werden, ohne daß die Türkei vom türkischen Reichs-
gebiet losgetrennt wird. Die Autonomie soll unter Aufsicht der Mächte
des Sondernetzes des Sultans erfolgen. Thatsächlich würde die Ver-
wirklichung dieses Programms die Vertheilung Aetras von der
türkischen Herrschaft bedeuten; nur nominell würde dann noch mit
der fogen. Oberhoheit des Sultans das Prinzip der Integrität der
Türkei gewahrt bleiben. Die Durchführung des Programms setzt
zwei Bedingungen voraus: die Zustimmung der Türkei und den Rückzug der
Griechen aus Aetras. Die nächsten diplomatischen Aktionen würden
also darin bestehen, die Worte von den Absichten der Mächte be-
züglich Aetras zu verständigen, ihre Einwilligung zu gewinnen und
die Mobilisierung der türkischen Armee, die inzwischen im vollen
Gange zu sein scheint, eine Grenze zu setzen, damit der Ausbruch
eines türkisch-griechischen Krieges verhindert wird; zugleich wird
die griechische Regierung aufgefordert sein, Aetras zu räumen und
seine Kriegsschiffe zurückzuziehen. Angesichts des Trostes, den das
heftigste Königreich bisher dem Willen Europas gegenüber be-
wiesen hat, wird diese Aufforderung die Form eines Ultimatum
haben müssen. Nach den letzten Meldungen aus London und St.
Petersburg besteht volle Einigkeit darüber, daß Griechenland
nötigenfalls mit Gewalt zur Nation gebracht werden müsse.

Sehr bedeutsam ist, daß jetzt Russland aus der etwas isolierten
Stellung, die es bisher beobachtet hatte, heraustritt und unter
ausdrücklicher Verweisung auf die vollständige Uebereinstimmung mit
Deutschland die Führung übernimmt hat. Die offizielle Mit-
theilung, die über die Richtung der russischen Politik Aufschluß
gibt, lautet: Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß nur durch
ein festes, zielbewusstes Vorgehen der Großmächte aus der euro-
päischen Bewegung auf Aetras ein Umschlag zu betrieblen auf
andere Gebiete der Welt und damit eine Gefährdung des
europäischen Friedens vermieden werden kann; beiseit von dem
Wunsche, seinerseits Alles aufzubieten, um Europa vor dem Aus-
bruch eines möglicherweise aus so frühen Ursachen hervorgerufenen
Krieges zu bewahren; endlich in der Erkenntnis von der Wichtig-
keit der Stellungnahme Deutschlands sowohl in der griechischen
Frage wie auch Griechenland gegenüber, hat Russland es für not-
wendig erachtet, Griechenland durch seinen Gesandten in Athen
auffordern zu lassen, seine Flotte und die gesamte auf Aetras be-
findliche Truppenmacht innerhalb dreier Tage zurückzuziehen.
Sollte Griechenland in dieser Verkennung seines eigenen Vor-
theils dennoch den wohlwollenden Rathschlägen Russlands und der
mit ihm verbündeten Mächte ferneren Widerstand entgegensetzen
oder Schwierigkeiten bereiten oder sich durch selbstthätige Freunde
in seinem bisherigen Verhalten annehmen lassen, vielleicht in der
tatsächlichen Voraussetzung von einer Uneinigkeit unter den Groß-
mächten, weil eine über die andere Macht nicht von vornherein
den Vorschlägen Russlands, welches sich mit Deutschland und
Frankreich eins weiß, beistimmt, so ist Russland entschlossen, die
Konsequenzen aus diesem den Frieden Europas in höchstem Maße
bedrohenden Widerstande Griechenlands zu ziehen und mit den
schärfsten Massnahmen gegen dasselbe vorzugehen, als deren erste
es bereits die von ihm acceptierte Blockade der Häfen ansieht. Im
Vertrauen von der Einigkeit mit Frankreich und dem absoluten
Einverständnis mit Deutschland und auch Oesterreich wird Russland,
selbst wenn einzelne Mächte sich seinen Schritten nicht anschließen
sollten, in der Lage sein, den Frieden Europas durch die Ver-
gange auf Aetras jedenfalls nicht gefährden zu lassen. Mit den
übrigen Großmächten ist Russland der Ansicht, daß die Annexion
Aetras durch Griechenland außer Betracht zu bleiben hat und daß
vor dem Eintritt in Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung
Aetras der völkerrechtswidrigen Aktion Griechenlands ein Ende zu
machen sei. Dem entsprechend hat sich Russland mit den Mächten
dafür verständigt, nach der Räumung Aetras durch die griechische
Militärmacht zunächst wieder Ruhe und Ordnung auf der Insel
herzustellen und auf ihr sodann unter dem Schutze der Großmächte
unter Aufsicht des Sultans eine Autonomie einzuführen. In
keiner Weise ist dieses russische Programm, wenn auch nicht
ganz so bestimmt und klar, in den Erklärungen skizziert, die der eng-
lische Premierminister im Oberhause abgegeben hat. Insbesondere
hat Lord Salisbury seine Bereitwilligkeit zu Zwangsmaßnahmen zu

erkennen gegeben für den Fall, daß die eventuell an die Türkei
oder Griechenland zu stellende Forderung, ihre Land- oder See-
streitkräfte aus der Insel zurückzuziehen, nicht erfüllt werden sollte.
Der Leiter der britischen Politik legte Nachdruck auf die Even-
tualität dieser Forderung; es folge daraus, fügte er erläuternd
hinzu, bezüglich der Türkei sicher nicht, daß deren Truppen sofort
aus Aetras zurückgezogen werden sollten, doch sei es klar, daß die
Zurückziehung der Truppen eine notwendige Bedingung der Auto-
nomie sei. Daher würde die Türkei ihre Truppen aus Aetras zu
entfernen haben, mit der Ausnahme, daß sie in dem Maße wie in
Samos und Samos in der Insel Truppen dort behalten dürfe,
lediglich als Zeichen ihrer Souveränität. Soweit jedoch thatsäch-
liche Zwecke und der ganze Einfluß einer Verwaltung und das täg-
liche Leben der Bewohner Aetras in Betracht kämen, würden die
türkischen Truppen zurückgezogen werden müssen, wenn die Auto-
nomie erreicht werde. Die Zurückziehung der griechischen Truppen
würde, denke er, zu einem früheren Zeitpunkt gefordert werden.
Der Schwerpunkt der ganzen Situation liegt nach wie vor in
Athen. Es wird vor Allem darauf ankommen, welche Antwort die
griechische Regierung auf das Ultimatum der Mächte ertheilen wird,
ob sie den geforderten Rückzug antworten oder in ihrem völkerrecht-
swidrigen Verstehe der Annexion Aetras beharren und vor der
Anwendung von Gewaltmaßnahmen seitens der europäischen Groß-
mächten nicht zurückweichen wird. Es wird sich sehr erwarten, ob
es nur chancenreiche Fingerei war, als der Minister des Auswärtigen
den Vertretern der Mächte in Athen erklärte, Griechenland werde
die diplomatischen Beziehungen zu Europa abbrechen, wenn sich
Sorgänge wie die des Bombardements wiederholten. Aus dem
Ultimatum-Programm der Großmächte, an dessen Spitze die Auto-
nomie Aetras steht, ist ersichtlich, wie sehr man bemüht ist, den
Griechen eine goldene Brücke zum Rückzuge zu bauen. Wäre der
deutsche Blockadevorschlag angenommen worden, bevor eine all-
seitige Einigung über das künftige Schicksal der griechischen Insel
erlangt war, so wäre Griechenland in einer ungleich schmerz-
licheren Lage vor die Alternative gestellt worden, sich bedingungslos dem
Willen Europas zu unterwerfen oder im Trost gegen diesen zu
beharren. Gewiß gehört auch jetzt noch für die Griechen ein großes
Maß von Selbstverleugnung dazu, auf die eigenmächtige Ent-
scheidung Aetras zu verzichten; aber wenn sie jetzt den Rückzug an-
nehmen, können sie doch hoffen, einen gewissen Erfolg für sich
in Anspruch nehmen, als es gelungen ist, Aetras von der türkischen
Herrschaft zu befreien, da diese, wie gesagt, nur noch nominell
bestehen würde, wenn der Insel die volle Selbstverwaltung gewährt
würde. Damit wäre ein Schritt vorwärts gethan zur vollständigen
Einigung mit Griechenland. Wenn König Georg und seine
Minister die angesichts der Situation richtig auszunutzen verstehen,
so werden sie die griechische Nation damit zu trösten wissen, daß die
Bestimmung, das Kammerparlament während des Königreichs einzu-
berufen, aber kurz oder lang erfüllt werden wird. Wie es scheint,
ist man in Athen nicht abgeneigt, dem europäischen Ultimatum
gegenüber den diplomatischen und militärischen Druck auszuweichen.
Nebenbei läßt der Umstand davon schließen, daß die Minister
der letzten Kammerung fragebehalten sind, weil sie offenbar noch
nicht in der Lage waren, sich über eine endgültige Stellungnahme
schlüssig zu machen und weil sie einer weiteren Erregung der
Volksstimmung durch zeitige Kammerwahlen vorbeugen wollten.

In zweiter Linie wird es von der Haltung der Türkei ab-
hängen, ob das Programm der Mächte ohne weitere Schwierig-
keiten und Hindernisse zur Ausführung gebracht werden wird; aber
es ist nicht zu erwarten, daß der Sultan dem türkischen Programm
der Mächte nachvollständigen Widerstand entgegenstellen wird. Denn in
Konstantinopel wird man sich wohl mehr als anderswärts bemühen
sein, in welchem freigeistigen Aetras sich die gemeinsame Streit-
macht der Türkei zu Wasser und zu Lande befindet. Ueberdies hat
der Sultan von vornherein prinzipiell die Entscheidung über die
Zukunft Aetras in die Hände der Mächte gelegt und er wird daher
nicht umhin können, deren einstimmigen Beschlüssen, durch die sein
Souveränitätsrecht noch weiter zusammengekrümpt, seine Zu-
stimmung zu ertheilen.

Kernschreib- und Kernschreib-Berichte vom 26. Februar.

Berlin. Hugo Stangen's Orientreisegesellschaft ist heute
wohlbehalten in Damaskus eingetroffen.
Paris. Nach einer Debatte-Wandlung aus London würde,
falls Griechenland sich weigere, dem Ultimatum der Mächte nach-
zugeben, England den europäischen Kabinetten vorschlagen, Griechen-
land dadurch zur Räumung Aetras zu zwingen, daß die Komman-
danten des griechischen Reichswassers dem Obersten Kommando
mittheilen, daß, falls die Insel nicht binnen drei Tagen geräumt
ist, die Schiffe, welche die griechischen Truppen aus Athen ge-
bracht haben, in Grund gebahrt werden würden.
London. (Neuer-Weltung.) Nach einem heute Nach-
mittag aus Athen eingetroffenen Privattelegramm hätte der König
beschlössen, die Note der Mächte anzunehmen.
Berlin. Reichstag. Die Verwaltung des Staats der
Reichsbahn-Verwaltung wird fortgesetzt. — Abg.
Bueh (Soz.) wiederholt seine Behauptung, daß die Ver-
waltung, die sich übernahm gleich der Polizeiverwaltung mit vom
falschlichen Gesichtspunkte leiten lasse, sich noch immer nicht zur
Einführung von Reformen bewegen lasse. In ganz unglaub-
licher Weise verhalte die Verwaltung in Bezug auf die Minder-
heiten, indem sie wegen Uebertretung solcher Statuten den Straf-
richter antreibe. Er beschwert sich schließlich darüber, daß er auf seine
Antragstellungen keine Antwort vom Bundesrath erhalten habe.
— Minister Thelen: Nachdem Abg. Bueh die zureichenden An-
gaben der Verwaltung über den Wagenbestand für Nebenstellen
erklärt hat, lege ich mich nicht veranlaßt, darauf zu antworten. —
Abg. Werner (Ref.) verlangt Aufhebung der Lokomotivführer-
geheimniss. Weder sei für die reichsständlichen Bahnbeamten so lange
nichts zu erreichen, als diese Bahnen unter Herrn Thelen händen
und alle Einrichtungen darauf sich nach den preussischen Bahnen
richteten. — Minister Thelen: Es ist eine ganz falsche Auf-
fassung, daß die Personell-Union mit den preussischen Bahnen für

Einzel-Leistungen nachtheilig sei, es ließe sich sehr leicht das
Gegentheil beweisen, auch im Landesbahnen-Anschluß hat man
das anerkannt. Denn diese Personellunion autorisire, so würden
die reichsständlichen Einzel-Leistungen mit Rücksicht auf die Kon-
tinenzen der reichsständlichen Bahnen viel ungünstiger werden. — Abg.
Bueh ist über den Werth dieser Personellunion für die Reichsbahn
ganz anderer Ansicht. Könnte Herr Thelen auch nur einen ein-
zigen Fortschritt antworten, den er allein und getrennt von den
reichsständlichen Bahnen auf den reichsständlichen eingeführt habe? —
Abg. v. Stumm (Rp.) meint, über die Verwaltung der preussischen
Bahnen schreien nur Leute, die eben über Alles schreien. Mit der
Verwaltung der reichsständlichen Bahnen seien doch selbst die
Grenzstationen zufrieden. Ohne die Personellunion würden die
reichsständlichen Bahnen die Konkurrenz gar nicht bestehen können.
— Abg. Hehl zu Herrnsheim (nl.) erklärt als Süddeutscher, daß,
entgegen den Behauptungen des Abg. Bueh, in Süddeutschland
gerade das preussische Beamtenhum und die preussische Eisenbahn-
verwaltung in höchstem Ansehen ständen. Bueh sei nicht berechtigt,
im Namen Süddeutschlands zu reden. — Abg. Graf Drola (nl.)
stimmt dem bei. Er und der Vertreter hätten dem Vertrage
zwischen Hessen und Preußen über die heftige Ludwigsbahn
gerade deshalb beigepflichtet, weil sie seit mehr als 25 Jahren die
Qualität der preussischen Verwaltung kennen gelernt hätten.
(Bravo!) — Abg. v. Vollmar (Soz.): Wie in Bayern haben von
den preussischen Beamten eine ganz andere Meinung ge-
wonnen und werden Alles thun, um es uns von selbst zu halten.
Wir lassen uns nicht aufhören. — Das Ordinariat wird ge-
wählt. Beim Extraordinariat wird die von der Kommission
getriebene Forderung für eine Eisenbahn-Bürokratie-Abteilung an
die Kommission zurückverwiesen, nachdem Minister Thelen das
dringende Interesse der Regierung, namentlich auch das militärische,
an dem Bau dieser Bahn betont hatte. — Es folgt die Beratung
des Etats des Reichsverwaltungsamts. Die Kommission, Referent
Abg. Lieber (Centr.) beantragt eine Resolution, betreffend Erlass
eines Theils der reorganisatorischen richterlichen Beamten durch ein-
malig angestellte Richter. — Abg. Wähne (Soz.) erklärt das Ein-
verständnis seiner Fraktion zur vorgeschlagenen Resolution. — Abg.
Graf Kanitz (Centr.) fragt, wie es mit der angestrebten Novelle
zum Invaliditätsversicherungsgesetz stehe. — Präsident v. Bülow theilt
mit, ein Entwurf, betreffend Abänderung des Alters- und In-
validitäts-Versicherungsgesetzes sei heute im Laufe der Sitzung
eingegangen. — Abg. Köhde (lib.) plaidirt für erhöhte Auf-
wendungen des Reichs für ein Invalidenversicherungswesen. —
Staatssekretär v. Bülow: Das Reichsamt berichtet von
einem solchen Mangel an große dauernde Ausgaben, aber hoffent-
lich wird es zur Vermeidung eines solchen Einflusses noch kommen.
Von Kollisionen zwischen ihm und dem Präsidenten des Reichs-
versicherungsamts, wie Köhde behauptet habe, sei keine Rede;
Kollisionen zwischen einem Vorgesetzten und einem Nachgeordneten
seien überhaupt ausgeschlossen. Die Resolution sei mit 8/90 des
Invalidenversicherungsausschusses unterbreitet, dieser Paragraph solle aber
geändert werden und dann solle der Resolution nichts im Wege.
— Abg. Köhde (lib.) beantragt die Resolution im Interesse
größerer Gewöhnlichkeit einer einheitlichen Rechtsprechung über
Invaliden-Entschädigungen. — Abg. Wurm (Soz.) befragt den Präsidenten
des Reichsversicherungsamts gegen das Invalidenversicherungswesen, denn dieses
sei für die Arbeiter von höchstem Werthe. Auf welcher Kulturhöhe
erhebe das Reich, das Hunderte von Millionen für das Militär
ausgibt und die kleine Ausgabe für jenes Mangel leigne. — Der
Etat des Reichsversicherungsamts wird alsdann genehmigt und
die Resolution angenommen. — Debatte wird in 2. Lesung
der Vorlagen, betreffend Vertheilung des Arbeitslohns und die
Arbeitsvertheilung angenommen. — Die Zwangsvertheilungs-
vorlage wird in 2. Lesung auf Vorschlag Baumbachs in vier an-
genommen, desgleichen die Grundbesitzordnung. — Nächste Sitzung
Montag den 8. März; die Tagesordnung festzustellen bleibt dem
Präsidenten noch vorbehalten.

Berlin. Der Direktor des Reichsbank ist heute auf 3/4 Pro-
zent, der Lombardzins auf 4 Procent, gegenwärtig die Ver-
theilung von Schuldverschreibungen des Reichs oder eines deutschen
Staates auf 4 Procent, gegen Vertheilung sonstiger Gieften und
Blaues auf 1/4 Procent herabgesetzt worden. — In der heute
hier abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsraths der Bergwerks-Gesell-
schaft „Oberharz“ wurde auf den Bericht der Revision der vor-
gelegte Bilanz für 1896 festgestellt. Es wurde beschlossen, eine
Dividende von 9 1/2 Prozent für das letzte Geschäftsjahr vorzu-
schlagen. Der für Januar erzielte Betriebsertrag betrug sich
auf 411,573 Mfl.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus erklärte die Wahl des
Polen b. Woloski für ungültig, überwiegen der Gegenstimmen,
betreffend die Erweiterung des Stimmrechts Preußen an die Gemein-
deverordneten und beachtete dann den Landwirtschaftsetat. — Die
Badenkommission des Reichstags berath heute die vom Abg.
v. Vollmar beantragte Resolution zum Militäretat, betreffend die
Kontingenten an Offiziere, sowie die Zusage der für die höheren
Offiziere. Nachdem seitens der Militärverwaltung betrübende
Erklärungen abgegeben wurden, zog v. Vollmar seine Resolution
zurück. Die nächste Sitzung der Badenkommision zur Be-
rathung des Militäretats ist am den 6. März anberaumt. — Der
Senat der Universität hat die Einführung vollständiger Hoch-
schuljuris an der Berliner Universität abgelehnt.

Berlin. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsraths der
Deutschen Bank wurde beschlossen, den Generalversammlung eine
Dividende von 10 Prozent in Vorschlag zu bringen. Die Auf-
sichtsrathssitzung der Deutschen Bank soll die Ver-
theilung einer Dividende von 9 Prozent in Vorschlag bringen.
Wien. Aus Athen wird gemeldet: Die Vertreter der Mächte
erwiderten die Reklamation Griechenlands in Betreff des Bom-
bardements nicht dahin, daß die Verantwortlichkeit hierfür wie für
alle künftigen feindlichen Eventualitäten ausschließlich auf die in
bisheriger Haltung verharrende Griechenland treffe. Die Kollektiv-
note der Mächte wird heute in Athen überreicht; bis Montag
müßte sich also Griechenland über seine fernere Haltung entscheiden
haben. In hiesigen diplomatischen Kreisen ist man bestimmt der
Ansicht, daß Griechenland dem Willen der Mächte, an deren Spitze
sich England gestellt hat, nicht länger Widerstand leisten werde.
Das Gerücht von der bevorstehenden Abdankung des Königs Georg
von Griechenland findet hier Glauben, da der König schon früher
erklärt, das Regiment müde zu sein, weshalb er den Rest seines
Lebens als Privatmann in Zurückgezogenheit zu beschließen ge-
denke.

Greifswald. Der Dresdner Seminarlehrer Dr. Budden-
fiel ist von der ideologischen Haltung wegen seiner schriftstellerischen
Arbeiten über „Bibel“ und „Antiquar der Reformation“ zum
Ehrenhof der Theologie ernannt worden.

Triumph-Seife
in sechs Me-
talle —
für Hände
und Gesicht